

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehngliedrige Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Tarifrecht und Schlichtungsweisen in Gefahr!

Nach und mit der politischen Reaktion marschieren die soziale. Nichts kennzeichnet die Stellung der Regierung zur Arbeiterschaft und zur Sozialpolitik besser und schärfer als die Tatsache, daß sie jetzt auch an eine „Reform“ des Tarif- und Schlichtungsweisen gehen will. „Endlich“, werden die Gegner dieser sozialen Einrichtungen sagen, die schon lange gegen das „Lohnfestsetzungsmonopol der Gewerkschaften“ Sturm liefen. „Endlich wird nun die Wirtschaft von den schweren Fesseln der sturen gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik befreit werden“, frohlocken die Feinde des Tarifvertrags und des Schlichtungsweisen.

Die Absichten des Reichsarbeitsministeriums laufen, wenn man den bisher nur sehr spärlich durchsickernden Nachrichten glauben darf, auf eine gründliche Auflockerung des Tarifvertragswesens und auf eine wesentliche Einschränkung der staatlichen Schlichtungsfähigkeit hinaus. Daß diese Wünsche bei den Unternehmern bestehen, wußten wir schon lange. Aber es war unseren sozialen Gegenspielern immerhin einigermaßen schwierig, bei den bisherigen Reichsregierungen ein geneigtes Ohr für ihre von bester Absicht diktierten Forderungen zu finden. Solange die Arbeiterschaft in Regierungen und Behörden wenigstens noch einen kleinen Anteil von Mitbestimmungsrecht hatte, war nicht daran zu denken, mit den dreimal verheßten Tarifverträgen aufzuräumen. Jetzt scheint der rechte Augenblick gekommen zu sein. Jetzt, nachdem wir eine vollkommen marxistenreine Reichsregierung haben, nachdem der Handstreich gegen die Staatsregierung in Preußen geglückt ist, finden die Sozialreaktionäre aller Schattierungen ein viel größeres Verständnis für ihre Wünsche und Forderungen. Nun zeigt sich ihnen endlich der breite Silberstreifen am Horizont, nach dem sie so lange sehnsüchtig ausgeschaut haben. Die erste Ankündigung des neuen Kurses war die völlig ungerechtfertigte und unbegründete

Kündigung, die dem Schlichter für Groß-Berlin und Brandenburg, dem Genossen Wissell, zugestellt wurde.

Verbindlicherklärungen von Schiedsprüchen waren schon in den letzten Monaten sehr selten. Nun sollen sie, nach den Absichten des Reichsarbeitsministeriums, nur noch in den alleräußersten Fällen ausgesprochen werden. Also freie Bahn der Willkür der Unternehmer! Dem gleichen Zwecke dient es, wenn die „Auflockerung des Tarifvertragswesens“ jetzt eingeleitet werden soll. „Zurück zum Werkvertrag!“ Das ist die Losung. Betriebe, deren wirtschaftliche Lage so bedenklich schlecht ist, daß ihnen die Bindung an die starren Bestimmungen des Tarifvertrags „nicht mehr zugemutet“ werden kann, sollen aus einem Tarifvertrag ausscheiden, um ihren Arbeitern niedrigere Löhne zahlen zu können. Das heißt Lohnabbau auf der ganzen Linie, und zwar vollkommen nach Wunsch und Willen der Unternehmer, die die Gelegenheit freudig ergreifen werden, gerade ihren Betrieb als einen solchen nockleidenden zu deklarieren, in dem nur noch geringere Löhne, als im Tarifvertrag vorgesehen, gezahlt werden können.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die Regierung v. Papen hat der Arbeiterschaft schon so viele „nette Früchte“ beschert, daß sich kein Arbeiter und keine Arbeiterin über ihre Stellung zu dieser Regierung mehr im unklaren sein kann. Und daß die nationalsozialistische Presse kein Wort gegen die neuen Vorstöße gegen die arbeiterschädigenden Pläne der Regierung findet, sondern sie im Gegenteil begrüßt und die Maßnahmen, die nichts weiter als ein neuer Angriff auf die ohnehin schon erbärmliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft sind, als notwendig ansieht, müßte jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin eindringlich vor Augen führen, was sie von einer Partei erhoffen können, in der ehemalige Fürsten und reaktionäre Offiziere, Unternehmer und Großagrarier die Hauptrolle spielen.

institute zu unterbinden, weil sonst mit einem völligen Zusammenbruch der gesamten ostpreussischen Wirtschaft gerechnet werden muß.

Wird das Spiel der Nazis so weitergetrieben, dann werden die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen, denn ihre fast übermenschliche Geduld gegenüber diesen Banditen ist bereits auf eine harte Probe gestellt worden. Reißt sie einmal, dann muß es für viele ein grausames Erwachen geben. Reichswehr und Polizei haben es, wenn ihre Führung nur will, jederzeit in der Hand, Deutschland vor diesem Aufruhr zu bewahren und den braunen Terrorbanden Einhalt zu gebieten. Aus den Vorgängen gilt es nur eine Lehre zu ziehen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen in den Betrieben und in ihren Wohngebieten sich zur wirksamen Abwehr gegen den mörderischen Faschismus und seine Helfershelfer noch fester zusammenschließen, dann wird dieser gewaltige Block der Millionen sehr bald wirkliche Ordnung und Ruhe in Deutschland schaffen und noch einmal das Recht und die deutsche Kultur retten.

Die deutsche Arbeiterklasse läßt aus Deutschland kein Drittes Reich machen. Sie steht auf dem Boden des Rechts und wird dieses Recht zu verteidigen wissen.

Notverordnung gegen Terror und politische Gewalttaten.

Nachdem wochenlang der politische Terror der Rechtsradikalen in seiner schlimmsten Form gefloht hat, nachdem unzählige republikanisch gesinnte Arbeiter und Arbeiterführer ermordet und noch mehr schwer verletzt wurden, hat die Reichsregierung eine Ausnahmerechtsverordnung erlassen, die dem politischen Terror und den Gewalttaten an politisch Andersdenkenden „mit brutalen Mitteln“ (nach den eigenen Worten der Regierung) ein Ende machen will.

Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung sehen vor:

Politische Gewalttaten werden durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. August 1932 unter schwerste Strafandrohungen gestellt, für die ernstesten Fälle wird

die Todesstrafe angedroht. Das geltende Recht sieht die Todesstrafe vor für den Mörder, der mit Überlegung tötet und für schwere Sprengstoffverbrechen. Künftig hat auch der sein Leben verwickelt, der ohne Überlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes, aus Jorn und Haß einen tödlichen Angriff auf seinen Gegner unternimmt oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht tötet. Auch der wird mit dem Tode bestraft, der durch eine Brandstiftung oder ein anderes gemeingefährliches Verbrechen den Tod eines Menschen verursacht.

Zuchthausstrafe nicht unter 10 Jahren trifft denjenigen, der eine schwere Körperverletzung durch Anwendung einer Schusswaffe oder bei einem tätlichen Angriff auf einen Polizeibeamten verursacht. Die gleiche Strafe trifft alle, die sich an Aufruhr oder Landfriedensbruch in erschwerter Weise beteiligen. Alle aus politischen Beweggründen begangenen Körperverletzungen, wenn sie von mehreren gemeinschaftlich mit einer Waffe oder einem gefährlichen Werkzeug verübt sind, stehen künftig unter Zuchthausstrafe, ferner alle Gewalttätigkeiten, die mit Schusswaffen begangen werden, und jeder tätliche Angriff auf einen Polizeibeamten, wenn er auch nur zu einer einfachen Körperverletzung geführt hat. Zuchthaus ist ferner angedroht für die leichteren Fälle des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs und für den aus politischen Beweggründen begangenen erschweren Hausfriedensbruch.

Um die neuen schweren Strafandrohungen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, hat die Reichsregierung für diejenigen Bezirke, in denen dafür ein Bedürfnis hervorgetreten ist, im Benehmen mit der zuständigen Landesregierung

Sondergerichte errichtet. Die Sondergerichte sind Gerichte des Landes. Sie arbeiten nach einem beschleunigten Verfahren. Ihre Urteile sind keinem Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar.

Es war erwohen, weitere straffschärfende Bestimmungen gegen diejenigen zu treffen, die aus dem Hintergrund die Massen zu Gewalttätigkeiten aufreizen. Einstweilen ist jedoch von einer solchen Maßnahme mit Rücksicht darauf abgesehen worden, daß § 11 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Juni 1932 bereits Gefängnis nicht unter 3 Monaten für den androht, der öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt. Es wird nachdrücklich dafür gesorgt werden, daß diese Strafvorschrift gegen jedermann, auch gegen die Presse, die zu einem Teil in letzter Zeit in unverantwortlicher Weise gehandelt hat, unanschuldigt zur Anwendung gebracht wird.

Die Verordnung gegen den politischen Terror soll dazu helfen, Deutschland und vor allem Preußen die Ruhe und den Frieden wiederzugeben, die in den letzten Wochen so außerordentlich gestört waren. Von den staatsstreuen Republikanern, vom Reichsbanner und der SPD, gingen diese Störungen nicht aus, von den Kommunisten nur in den seltensten Fällen. Wird diese Notverordnung richtig angewendet, so müßte die nationalsozialistische Partei in allerhöchstem Maße von ihr betroffen werden, auf deren Konto die meisten Gewalttaten der letzten Monate zu setzen sind. Bei Angehörigen der NSDAP. wurden die meisten Waffen gefunden, Führer der NSDAP. haben am meisten und am schärfsten zum politischen Terror gehandelt. Wird sich das jetzt ändern oder dürfen die Nazizeitungen weiter hegen und die Naziprominenz weiter von Köpferrollen und Aufhängen als

Die „neue Ordnung“ mit Zuchthaus und Todesstrafen.

Seit der Aufhebung des Uniformverbotes durch die Regierung Schleicher-Papen, vor allem aber seit der Machtübernahme durch Papen als Reichskommissar in Preußen am 20. Juli, herrschen in zahlreichen Gegenden Deutschlands Terror, Mord und Brandstiftung, wie in keinem Lande der Welt. Niemand, außer den Nazis, ist im Zeichen des Burgfriedens noch seines Lebens sicher. Bracht und Papen haben beide feierlich versprochen, „geordnete Rechtszustände“ im Reich und im preussischen Staatsgebiet wiederherzustellen. Allein das Gegenteil wird durch die täglichen Ereignisse bewiesen. Es herrschen geradezu chinesische Verhältnisse. Erst seitdem Papen die Privatarmee Hitlers legalisierte und den „aufbauwilligen Kräften“ das Recht auf die Strafe einräumte, reißen die Terrorakte nicht ab. Betroffen werden davon fast ausschließlich Personen und Führer von Organisationen, die sich gegen jeden gewaltsamen Umsturz, d. h. gegen den Bürgerkrieg, wehren. In jedem Rechtsstaat wird die Staatsgewalt sich dieser verfassungstreuen Kreise im Kampfe gegen die Staatsfeinde bedienen und sie unter den besonderen Schutz des Staates stellen. In Deutschland stehen die Republikaner anscheinend außerhalb jedes staatlichen Schutzes. Selbst Frauen und Kinder werden nicht gesont, und nur selten werden die Unruhstifter, Bombenwerfer und Mörder gefaßt.

Die Zerstörungswut richtet sich vornehmlich gegen das Eigentum und die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen; aber auch Konsumvereine, Amtsgerichte, Arbeitsämter, Warenhäuser werden von den Terroristen und Bombenwerfern nicht verschont. Deutschland ist tatsächlich im Begriff, unter faktischer Mitwirkung der „aufbauenden nationalen Kräfte“ in die Barbarei zu versinken. Die persönlichen, wirtschaftlichen und moralischen Schäden sind ungeheuer. Niemals ist die Rechtsunsicherheit so kraß in Erscheinung getreten wie gegenwärtig. Sogar für Diebstähle und Überfälle wird das Notwehrrecht der SA konstruiert. Die in Waffen starrenden SA- und SS-Formationen werden in den von Nazis regierten Staaten als Hilfspolizei eingestellt, während der Selbstschutz und Waffenbesitz bei Republikanern mit schweren Strafen geahndet wird. Die Zahl der Toten und Schwerverletzten seit dem 1. Juni ist kaum noch festzustellen.

Wir begnügen uns mit einer kurzen Aufzählung aus der Fälle der uns gemeldeten Terrorakte und Überfälle auf Gewerkschaftsfunktionäre und auf Gewerkschafts- und Volkshäuser, seitdem die „neue Ordnung“ in Preußen und im Reich ihren Einzug gehalten hat.

Am 8. Juni erfolgte der Überfall auf das Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. d. Oder durch Nationalsozialisten, wobei mit etwa 60 Pfastersteinen die Fensterscheiben und das Inventar zertrümmert wurden, obwohl das alte Gewerkschaftshaus unter Denkmalschutz steht.

Am 30. Juni überfielen gegen 11½ Uhr nachts starke SA-Trupps das Gewerkschaftshaus in Stuttgart und schlugen mit Gummiknüppeln auf die Gäste und die Wirtin ein, wobei die Wirtin und die Gäste nicht unerheblich verletzt wurden.

Am 10. Juli erfolgte in Trier der Überfall durch 100 uniformierte Nazis auf einen Festzug der Eisernen Front, der von einem einzigen Polizeibeamten begleitet war, mit dem Ergebnis, daß ein Toter, vier Schwerverletzte und acht Leichtverletzte, alles Angehörige der Eisernen Front, auf der Strecke blieben.

Am gleichen Tage erfolgte in Ohlau in Schlesien der Sturm uniformierter Nationalsozialisten auf das Gewerkschaftshaus, bei dem drei Tote und 30 Verletzte, darunter zwei Frauen, die Opfer waren. Erst nach dem Einsatz einer Eskadron des 11. Reiterregiments, die mit Karabinern und Revolvern ausgerüstet war, wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Am gleichen Tage wurde das Gewerkschaftshaus in Hagenow von den Nazis gestürmt, wobei ein Toter, vier Schwer- und zehn Leichtverletzte als Opfer verzeichnet wurden. Der Umzug der uniformierten Nationalsozialisten erfolgte ohne jede polizeiliche Bewachung.

In demselben Tage marschierten in Eckersförde etwa 2000 Nationalsozialisten auf, um einen sogenannten „Deutschen Tag“ festlich zu begehen. Als Programmpunkt war anscheinend der Sturm auf das Gewerkschaftshaus vorgesehen. Zwei Landarbeiter erlitten den Tod.

Am 15. Juli stürmten etwa 100 Nationalsozialisten das Gewerkschaftshaus in Halle a. d. Saale, wobei es vier Verletzte gab. Die Nazis wurden durch den Hauschutz zurückgeschlagen.

Am 21. Juli erfolgte der Sturm auf das Kreishaus des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in Seegeberg. Fensterscheiben wurden zertrümmert, mehrere Fahräder vernichtet und sonstiger Sachschaden angerichtet.

Am 22. Juli wurde das Volkshaus in Bunzlau gestürmt, nachdem der angeforderte Polizeischutz zurückgezogen war. Ein toter Reichsbannermann blieb als Opfer. Aber schon wenige Tage später, am 28. Juli, fielen in der Nacht erneut sechs Schüsse vor dem Volkshaus, die nur Sachschaden anrichteten.

Am 1. August hatten in Königsberg i. Pr., wie amtlich festgestellt, die SA vom Sturm 12 das Gewerkschaftshaus gestürmt. Außerdem sind in Königsberg und in Opprenken zahlreiche Überfälle und Morde an gewerkschaftlichen Funktionären verübt worden; Frauen und Kinder wurden nicht gesont. Bomben- und Handgranatenwerfen ist an der Tagesordnung.

In der Nacht vom 1. zum 2. August schleuderten Nationalsozialisten eine Stielhandgranate auf das Volkshaus in Liegnitz. Erheblicher Sachschaden wurde angerichtet.

Alle Vorstellungen bei den örtlichen und zentralen Behörden haben bisher an diesen unhaltbaren Zuständen nichts Wesentliches geändert. Die Gewerkschaften aller Richtungen in Ostpreußen haben einen „Aufruf an die ostpreussische Bevölkerung“ einstimmig beschlossen. Von den Verantwortlichen und den staatlichen Aufsichtsbehörden haben sie verlangt, daß alle staatlichen Machtmittel rücksichtslos eingesetzt werden, um die feigen Mordüberfälle auf friedliche Bürger, die Bombenanschläge auf Zeitungsunternehmungen, auf Warenhäuser, auf Einrichtungen der Arbeiterschaft, auf Amtsgerichte, Finanzämter und Bank-

verdienstvollen Leistungen reden? Die Reichsregierung hat schweres Geschick aufgeföhren. Hoffentlich trifft sie den Schuldigen. Und hoffentlich werden nun nicht die Opfer der Mordbege zu „Schuldigen“.

„Nur ein Toter!“

Die Tageszeitungen müssen täglich über neue politische Gewalttaten berichten. Die Rubrik „Bomben, Attentate, Morde“ ist zu einer täglich wiederkehrenden Erscheinung in den Spalten der Tageszeitungen geworden. Das stumpft auf die Dauer ab. Der behäbige, zufriedene Spießbürger, der sich aus mangelndem Verständnis nicht für politische Fragen interessiert und darum oft nationalsozialistisch wählt, weil doch „Ruhe und Ordnung“ sein müssen, liest es vielleicht sogar schon mit einem gewissen angenehmen Kitzel des Gruselns: „Mögen sie sich drauhen die Köpfe spalten, bei mir am Ofen bleibt alles beim alten.“ Schließlich vermisst er noch das täglich fallende Bombenattentat. Das ist zu einem gewissen Teil verständlich. Aber was soll man dazu sagen, wenn durch den Rundfunksender bei der Verbreitung der amtlichen Nachrichten verkündet wird, „der Sonntag (7. August) sei im allgemeinen ruhig verlaufen. Lediglich in Ostpreußen sei ein Reichsbannermann erschossen worden. Die Täter entkamen.“

Lediglich ein Toter, ein toter Republikaner! Wenn's weiter nichts ist, denkt der „sichere Bürger“. So weit ist es in Deutschland also schon gekommen, daß es „im allgemeinen ruhig“ ist, wenn nur ein Republikaner unter den Händen der politischen Gegner sein Leben lassen muß. Wie im Kriege! „Im Westen nichts Neues“, meldet der Heeresbericht. „Wieso, im Westen nichts Neues?“, denkt die Mutter, die Gattin, deren Sohn, deren Gatte gerade an dem Tage den Heldentod starb. Lediglich ein erschossener Reichsbannermann! Aber auch um den einen trauert die Mutter, weint die Gattin, klagen die Kinder. Und es war ja gar nicht nur einer, es waren vier, die an einem Tage ihr Leben durch die Kugeln und Dolche der „aufstrebenden“ Nationalsozialisten verloren. Sieht die Reichsregierung immer noch nicht ein, von wem bösen Geistes sie heraten war, als sie den braunen Soldaten die Strafe freigab? Wie lange werden die Republikaner noch den Revolvern und Dolchen, den Bomben und Totschlägern in den Händen irregeleiteter und verheßter SA-Leute preisgegeben sein? Soll der Zustand des latenten Bürgerkrieges weiter andauern unter den Augen der Behörden und der Reichsregierung? Und wie oft muß das deutsche Volk, dessen weitaus größter und weitaus wertvollster Teil sich mit Abscheu von diesen politischen Morden, von den Mördern und von den dazu Aufstehenden abwendet, noch die „amtlichen Nachrichten“ hören: „Im allgemeinen ruhig! Nur ein toter Republikaner!“

Die deutsche Arbeiterschaft und die deutschen Republikaner werden ihre Toten nicht vergessen. Sie werden aber auch die Schuldigen an dem Strom von Blut und Tränen nicht vergessen, der seit Aufhebung des SA-Verbots durch die deutschen Lande fließt.

Steigbügelhalter der Reaktion.

In Deutschland wird ein entscheidender Kampf zwischen der Demokratie und der von Diktaturgelüsten beherrschten Reaktion ausgefochten. Die Straßen deutscher Städte zeigen Aufmärsche braun angezogener Gestalten, die sich einbilden, eine geschichtliche Mission erfüllen zu müssen. Sie glauben berufen zu sein, ein Strafgericht über Volksgenossen zu vollstrecken. In Wirklichkeit sind diese uniformierten Horden nichts anderes als Soldaten der Reaktion, willfährige Werkzeuge der Todfeinde jeder Volksfreiheit. Seit 300 Jahren kämpft die Demokratie in Europa gegen den Absolutismus, gegen Knechtschaft und Unterdrückung. Das englische Volk hat seine Weltbeherrschung nur deshalb selbst in schwierigsten Perioden aufrechtzuerhalten vermocht, weil Demokratie und Freiheit dort keine leeren Begriffe sind, sondern zur Volksjugend wurden. Das deutsche Volk kämpft

seit mehr als 100 Jahren um Freiheit und Mitbestimmungsrecht in der staatlichen und wirtschaftlichen Exekutive.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist seit 80 Jahren der Vortrupp in diesem geschichtlichen Kampf. Sie ist bemüht, den geistig hochentwickelten Hand- und Kopfarbeiter zum Mitbestimmenden an den Geschicken der Nation zu machen. Nun, da die Demokratie in Deutschland seit etwa 13 Jahren am Ruder ist, da die Verfassung von Weimar langsam begann, sich im Volke eine breitere Resonanz zu schaffen, erwächst aus der Not der Zeit eine Bewegung, die sich anschießt, das deutsche Volk um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Der unpolitische deutsche Bürger, im Knechtsinn geboren und erzogen, sehnt sich wieder danach, zu gehorchen und kommandiert zu werden. Der bekannte Jurist Rudolf Olden hat diesen Untertanentyp kürzlich im „Berliner Tageblatt“ folgendermaßen gekennzeichnet:

„Ob es uns nun schlecht ging oder weniger schlecht, immer gab es einige oder viele unter uns, die das Gleichgewicht von Kräften, das die Weimarer Verfassung eingerichtet hat, als krasse Unordnung empfanden und durchaus an seine Stelle das Übergewicht eines einzelnen setzen wollten. Je mehr dies Gewicht dann gedrückt hätte, desto lustvoller hätten sie es getragen. Es gibt immer Menschen, die des Zwangs bedürfen, und ihn um so lieber dulden, je grausamer er schneidet. Können sie gar an einem Zügel seiner Ausübung teilnehmen, so sind sie vollkommen glücklich. Man nennt sie Radfahrer, weil sie den Rücken krümmen und nach unten treten. Aber es sind viele unter ihnen, denen es weniger auf die eigenen Beine, als auf die des anderen ankommt, der über ihnen ist, und darauf, daß sie ihren Nacken unter fremden Füßen krumm machen dürfen. Wer ihnen erlaubt, sich geradzuhalten und frei zum Himmel aufzusehen, der ist ihr Feind. Sie mißtrauen ihm und verschwören sich gegen ihn, sie ruhen nicht eher, als bis er erseht ist durch einen, der sie anschaut und mißhandelt und den sie dafür verehren.“

Das ist der Typ des von keiner wahren Bildung besessenen aber in seiner Knechtseligkeit zufriedenen Spießbürgers. Er will die Herrschaft eines einzelnen oder weniger, die über ihm stehen. Er ist bereit, sich diesen „übernatürlichen“ Mächten willig unterzuordnen, wenn er nur die Berechtigung erhält, auf dem Volke der Arbeit etwas mit herumtrampeln zu können. Als der preußische Militarismus 1918 samt der Monarchie zusammengebrochen war, erkannten viele Teile des deutschen Bürgertums, daß sie in diesen „Spitzen der Gesellschaft“ nichts anderes angebetet hatten als ihre eigenen Hirngepinste. Es schien eine Zeitlang, daß das deutsche Bürgertum in seiner Mehrheit bereit war, die in den Tiefen des Volkes schlummernden, unverbrauchten Kräfte zu mobilisieren und sie zum Aufbau eines wahrhaften demokratischen Staates nutzbar zu machen. Weil aber ein Land, das einen Krieg verloren hat und die furchtbaren Lasten eines vollständigen Wiederaufbaues auf sich nehmen muß, nicht in ein paar Jahren in ein Paradies verwandelt werden kann, begannen viele an der Sendung der demokratischen Freiheit zu zweifeln. Ein nie gekannter wirtschaftlicher Zusammenbruch kam hinzu. Was lag näher, als daß das deutsche Bürgertum jenem politischen Rattenfänger von Braunau nachließ, der die dunklen Instinkte des deutschen Untertanen wieder lebendig zu machen vermochte? Mit dem Nationalsozialismus brach eine Volkskrankheit aus, die einen Mischmasch von Hysterie und Untertanenromantik darstellt. Wenn wir auch bestimmte Teile des deutschen Volkes niemals besonders hoch eingeschätzt haben, so ist es doch eine Schmach für das deutsche Bürgertum und seine liberalen Traditionen, daß eine solche Bewegung einen derartigen Zulauf bekommt. Der Weg des deutschen Volkes zur Höhe der Freiheit und Demokratie wird über unzählige Klippen gehen. Der Kampf um die Selbstbestimmung des Volkes befindet sich erst im Anfangsstadium. Die deutsche Arbeiterbewegung muß sich geschlossen in der Eisernen Front zusammenfinden, um die Bahn zur Freiheit und Demokratie freizumachen.

Die arbeiterschädigende Handelspolitik der Papen-Regierung.

Nachdem bereits der unglückselige Butterzoll Deutschland in ein schlechtes Verhältnis zu seinen wichtigsten Abnehmer-

ländern, zu Holland und Dänemark, brachte, da er geradezu wie eine Herausforderung jeder Länder wirkte, deren Buttereinfuhr wegen ihrer Kontingentierung — 5000 Tonnen für jedes Land zum Zollsaß von 50 Mark — zugunsten anderer Länder künstlich eingeschränkt wurde, sind jetzt andere handelspolitische Einschränkungen durchgeführt oder angekündigt, die, angeblich zum Schutze der Landwirtschaft, den handelspolitischen Porzellanladen völlig zu zerbrechen drohen. Das durch den Butterzoll bereits stark benachteiligte Holland, bisher Deutschlands bester Kunde, außerdem Belgien und Italien, wurden jetzt durch die Kartoffelzölle, die kürzlich verdoppelt wurden, und durch die Begrenzung der Frühkartoffeleinfuhr auf 70 Prozent des Vorjahrsimports verärgert. Italiens Haltung ist bereits wegen des innerdeutschen Kampfes gegen die Einfuhr von Südrüchsen und der deutschen Devisenvorschriften gegenüber Deutschland stets weniger freundschaftlich. Die Papen-Regierung hat jetzt die Zollbelastung für Schmalz von 6 auf 10, für Speck von 14 auf 20 Mark erhöht. Dabei soll es jedoch nicht bleiben. Es besteht die Absicht, die Zölle für Speck und Schmalz und eine Anzahl anderer landwirtschaftlicher Produkte, vor allem für Holz, noch zu erhöhen. Da diese Zölle im deutsch-schwedischen Handelsvertrag gebunden waren, hat die Papen-Regierung den Handelsvertrag mit Schweden zum Anfang des nächsten Jahres gekündigt. Die schwedische Industrie droht bereits mit Gegenmaßnahmen, und es besteht die Gefahr, daß dieser für die deutsche Industrie überaus wichtige Absatzmarkt zugunsten Englands verloren geht. Selbst aber im Falle, daß mit Schweden ein neuer Handelsvertrag zustande kommt, der diesem für die Erhöhung der Agrarzölle Gegenleistungen auf anderen Gebieten, z. B. bei der Eisenerzausfuhr, bietet, würde die Aufhebung der Zollbindungen, die in der Absicht erfolgt, diese Zölle zu erhöhen, die andern Länder, die an der Agrar-ausfuhr ein großes Interesse haben, zu Gegenmaßnahmen herausfordern. England und die Vereinigten Staaten stehen zur Zeit an einem Wendepunkt ihrer Handelspolitik. Die Regierungen in beiden Ländern beschäfften sich mit dem Gedanken, an der Stelle von Meißtbeginnstiftungsverträgen Kontingentverträge abzuschließen, die die Einfuhr jeweils nur einer bestimmten vertraglich festgesetzten Menge gestatten. Ein solches für den internationalen Wirtschaftsverkehr schädliches Kontingentsystem möchte auch die Papen-Regierung einführen, hauptsächlich um die Landwirtschaft noch weiter subventionieren zu können. Die Kündigung des Schwedenvertrages soll diese Änderung der Handelspolitik vorbereiten. Somit wird Deutschland, das die Aufgabe hätte, durch eine vorbildliche Handelspolitik England und die Vereinigten Staaten von dem abschüssigen Weg der Kontingentierungen fernzuhalten, diese in die Änderung ihrer Handelspolitik noch hineintreiben.

Was den Verbrauchern, den Arbeitslosen, Kurzarbeitern und den bei stark herabgesetzten Löhnen beschäftigten Arbeitnehmern die Verteuerung von Butter, Schmalz, Speck und Kartoffeln bedeutet, wozu noch der frevelhafte Plan der Einführung einer Margarinesteuer zur Hebung des Butterverbrauchs (!!) hinzukommt, braucht weiter nicht geschildert zu werden. Die Regierung begründet die Zollerhöhungen und die landwirtschaftlichen Subventionen mit den Veränderungen „der Verhältnisse“ in der Landwirtschaft seit Inkrafttreten der alten Zölle. Daß auch die Verhältnisse der Verbraucher, unter welchen die Kurzarbeiter und die Erwerbslosen mit ihren Familien heute nicht weniger als die Hälfte der städtischen Verbraucher ausmachen, sich geändert haben, geht die Regierung der Großgrundbesitzer offenbar nichts an. Die sozialpolitisch rechtsstehende Zeitschrift „Wirtschaftsdiens“ schreibt über diese Agrarsubventionen und Zollpläne: „Man muß einmal die Frage stellen, wer die auf Grund der Agrarsubventionen stetig wachsende Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbrauchen soll, wenn durch export- und industrie-feindliche Maßnahmen die Kaufkraft der von der Industrie abhängigen Bevölkerung immer mehr an den Nullpunkt herangerückt wird.“ Und zur Margarinesteuer: „Man möge rechtzeitig überlegen, welche politischen Folgen von einer Hungernot ausgehen können, die noch dadurch gesteigert wird, daß man den Massen die Möglichkeit zu ausreichender Fettversorgung sperrt.“

Amilin

Roman von Fritz Molnar

33. Fortsetzung.

Mannhart stand am Mannloch eines großen Kessels und trug mit einer Handhantel irgendeinen Körper, der mit Chloroformölle dargestellt worden war, aus einem großen Faß in den Kessel. Obwohl er Gummihandschuhe und einen Mundschwamm trug, kamen doch Teile des leichtschmelzigen Pulvers an die Haut. Seine Hände und das Gesicht wurden so unerträglich, daß er einmal die Schanzel wegwarf und ans Fenster stürzte, um frische Luft zu schöpfen. Den Gestank war er schon lange gewöhnt. Es war ihm übel, seine Hände zu putzen, Schweiß stand ihm auf der Stirn. Trotzdem biß er auf die Zähne. „Es muß gehen“, sagte er zu sich selbst. „Wenn ich jetzt krank werde, kommt meine Familie noch mehr herunter, die Kinder erhalten keine Winterkleidung, keine Kartoffeln, keine Kohlen und nichts kommt dann für den Winter in den Keller. Außerdem kann ich meinen Arbeitsplatz verlieren. Es muß gehen, es muß“, wiederholte er, die Jahre zusammenbeißend.

Er machte sich also wieder an seine Arbeit. Nachdem er damit fertig war, wuschte der Nachbarkessel in die Presse leergepresst werden, worin der fertige Farbstoff von seiner Flüssigkeit getrennt wurde. Er wuschte er und ein Kollege die schweren Presskammern auseinander, den schweren Farbstoff abtragen, Pressfächer und Presse gut säubern. Das war eine Arbeit, von der sich jeder drückte, wenn er konnte. Wer im Verlauf einer Schicht fünf oder sechs solcher Pressen abgetragen und gepulvert hatte, wuschte, was er geschafft hatte. Das Schlimme dabei war, daß sich die Leute selbst gegenseitig antreiben. In VR 23 hatte man nicht nur alles maschinell und technisch bis zur größtmöglichen Ausnutzung des ganzen Produktionsapparates rationalisiert, sondern auch den Arbeitern ein raffiniertes Prämienabrechnungssystem aufgezogen. Jede Partie, jede abgetragene und gereinigte Presse, jede gefüllte und entleerte Trockenwaschmaschine wurde als Prämienarbeit berechnet. Freilich, die Zeit, welche für die chemische Reaktion benötigt wurde, konnte man nicht willkürlich bestimmen. Dafür legte der Betriebsführer die Partien so an, daß keine Minute Zeit vergeudet wurde. Jede mechanische Funktion war auf Zeit kalkuliert. Wer nicht mitkam, der bekam nicht bloß keine Prämien, sondern er war nicht qualifiziert, für solche Arbeit nicht geeignet. Wie die Prämien berechnet wurden, wußte kein Arbeiter. Sie waren schon damit zufrieden, daß sie welche erhielten. Jeden Monat erhielten sie das Geld ausgezahlt. In der ersten Zeit waren die Summen für den einzelnen Arbeiter zufriedenstellend. Auch und nach reduzierten sie sich aber ganz bedenklich.

Die Arbeit ginge nicht mehr so flott wie vorher, sagte man den Arbeitern. Da und dort seien grobe Fehler vorgekommen. Und als einmal eine Partie kaputt ging, wurden die Arbeiter verantwortlich gemacht, und es wurden ihnen für einen ganzen Monat die Prämien entzogen. Seitdem ein neuer Betriebsführer da war, erhielten die Leute keine nennenswerten Beiträge. Die Prämien waren eben nur der Köder, durch den sie zur Anspannung aller Körperkräfte verleitet wurden. War dieses erreicht, dann konnte man sie wieder beseitigen.

Auf Beschwerden erklärte der neue Betriebsführer zynisch: „Wenn die Produktion mit den gleichen Maschinen und Apparaten um zwanzig Prozent gesteigert werden konnte, so sind damit noch keinesfalls irgendwelche Prämien gerechtfertigt. Das beweist im Gegenteil, daß vorher eben nicht fleißig gearbeitet worden ist.“

Mannhart unterbreitete die Beschwerde dem Arbeiterrat. Der leitete sie an die Direktion weiter. Dort wurde gesagt, die Sache würde untersucht. Und als sie untersucht war, hieß es, man könne dem Betriebsführer nicht vorgreifen; der kenne seine Belegschaft und wisse deren Arbeit am besten zu bewerten.

Wesensgemäß gab es Leute, die einfach wild darauflos schimpften, fürwahr im Dreck umherwühlten. Die einen taten es aus Angst vor Entlassung, andere wollten schon stehen, etwas werden. Die übrigen waren dadurch gezwungen, ebenfalls das Letzte aus sich herauszuholen.

So kam es, daß in einem Monat ein Rekord in der Produktion erreicht wurde. In diesem Monat gingen die meisten Kilo fertige Farbe aus dem Raum VR 23, seitdem er in Betrieb genommen worden war.

Alle sahen erwartungsvoll dem Monatsabschluss entgegen. Wenn es diesmal wieder keine ordentlichen Prämien gibt, dann soll der Letzte die ganze Arbeit hosen“, sagten die Arbeiter zueinander. Bei Empfang der Monatsabrechnung gab es dann enttäuschte und wutverzerrte Gesichter. Die Prämien für jeden einzelnen betragen im Durchschnitt zweieinundzwanzig Pfennig für den ganzen Monat. Nur einer erhielt eine Mark acht verrechnung. Unterdrücktes Fluchen und Schimpfen züchtete durch den ganzen Raum. Jora, Haß, Verachtung flammte in den Arbeitern auf. Doch keiner wagte seinen Gefühlen offen und laut Ausdruck zu geben. Sie waren wie geprellte Hunde, die nicht zu bellen wagen, ans Jährt vor weiteren Schlägen. Jährenhöhnend warteten sie den Jora, die Wit in sich hinein. Derartige Methoden rütteln selbst den verstocktesten Individualismus wach. Die Arbeiter betrachteten sich nicht mehr als Angehörige, als Mitarbeiter eines

solchen Betriebes. Er stand im Gegenteil als Feind in ihrem Leben, dem sie wieder feindlich gesinnt waren, gegen den sie kämpften, anrennen.

Und da flunkert man ihnen noch so etwas von Werksgemeinschaft, Gleichheit der Interessen und sonstige Redensarten vor. Mit solcher Profitgemeinschaft wollen die Arbeiter nichts zu tun haben.

Die ganze Fabrik war erregt über diesen Betrug und Schwindel, wie es die Leute nannten. Das ist aber doch allerhand, hieß es allgemein. Da verliert man alle Luft zur Arbeit. Am besten sind die Erwerbslosen dran. Heutzutage ist alles Lug, Betrug und Spitzbuberei. Einige meinten, man solle einen Knäppel nehmen. Andere sagten, nur der Generallstreik könne da helfen, demgegenüber glaubten wieder andere, nur durch restlose Organisierung aller Kollegen würde es besser. Die Unorganisierten behaupteten, die Gewerkschaften wären machtlos. Disputierte sprangen auf und enthüllten die Uneinigkeit und Unkenntnis unter der Arbeiterschaft.

In derselben Nacht trugen sie Mannhart bewußlos von der Presse weg. Er war auf einmal ohnmächtig zusammengesunken. Sein Körper war am Ende seiner Kraft. Mit dünnen Suppen, Quarkkaffee, Seringen und Margarinefettessen erseht man eben die Energie nicht, welche die Rationalisierung aus den Körpern preßt. An seine Stelle trat ein anderer. Die Produktion ging weiter, und der Profit kletterte weiter nach oben.

13. Kapitel.

Die Arbeiter wurden unruhig, geradezu bestürzt. Das Wort „Rationalisierung“ hatte etwas Unheimliches, Erschreckendes an sich. Die meisten begriffen gar nicht, was sich da in der Wirtschaft vorbereitete, kanglam greifbare Gestalt annahm, verhängnisvoll und drohend über der Arbeiterschaft schwebte.

Noch vor wenigen Jahren hatte man ihr gesagt: Nur Arbeit kann uns retten! Nur durch entfangungsvolle, opferreiche Arbeit kann sich das Vaterland wieder emporheben. In allen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern hatte es gestanden, von allen Rednertribünen und Kanzeln hörte man es.

Die Arbeiterschaft hatte diese Parole befolgt, hing an zu arbeiten, zehn, zwölf und sogar vierzehn Stunden am Tage. Mit allen möglichen Akkorden, Stück-, Zeit-, Prämien-, Qualitätsakkord, qualten sie sich ab, sparten, darboten und arbeiteten, immer nach der Parole: „Nur Arbeit kann uns retten!“

Jetzt stellte sich auf einmal heraus, daß sie zuviel gearbeitet hatten. Überall, in allen Betrieben und auch in der Fabrik bekamen sie gefall, mir haben keine Arbeit mehr für euch, müssen

Gegen die beabsichtigte Margarinesteuer.

Die deutsche Reichsregierung beabsichtigt im Wege der Notverordnung eine Margarinesteuer einzuführen. Angebroch soll dies im Interesse der deutschen Landwirtschaft geschehen. Damit würde ein lebenswichtiger Artikel des täglichen Bedarfs künstlich verteuert werden. Daß sich die Gewerkschaften ganz entschieden gegen diesen Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung zur Wehr setzen, ist selbstverständlich, und besonders der Fabrikarbeiterverband hat scharf gegen diesen Plan einer Unterfütterung der Landwirtschaft auf Kosten der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Arbeiter und Arbeiterinnen der Margarineindustrie im besonderen Stellung genommen. („Proletarier“ Nr. 33.) Aber auch in anderen Kreisen bestehen lebhafteste Bedenken gegen die geplante Steuer. Die Hamburger Handelskammer hat in einer Eingabe gegen die Einführung der Margarinesteuer protestiert. Dabei wurden u. a. folgende Gesichtspunkte ins Feld geführt:

Der Margarinekonsum würde wesentlich zurückgehen, wenn der Preis von heute sich etwa verdoppeln würde. Eine Erhöhung des Butterverbrauchs würde dadurch kaum eintreten. Die Margarine, wegen ihrer Billigkeit das unentbehrliche Speisefett für große Bevölkerungskreise, enthält Nährstoffe, die als lebensnotwendig zu bezeichnen sind und durch andere, im gleichen Preis stehende Nahrungsmittel nicht ersetzt werden können. Angesichts der geschwächerten Kaufkraft der Bevölkerung müßte im Fall einer Verteuerung der Margarine entweder der Fettkonsum verringert oder der Mehraufwand durch Einsparungen hinsichtlich des Konsums anderer Nahrungs- und Genußmittel aufgebracht werden. Die Margarinesteuer würde also den wirtschaftlich schwächsten Teil der Bevölkerung belasten.

Diesen Argumenten kann man sich durchaus anschließen. Die beabsichtigte Margarinesteuer ist ein weiterer Beweis der Kurzsichtigkeit der gegenwärtigen Regierung.

Es ist aber für die arbeitserfindliche Einstellung der Nationalsozialisten sehr bezeichnend, daß das Berliner nationalsozialistische Blatt „Der Angriff“ sich für die Einführung der Margarinesteuer ausspricht, unbekümmert darum, daß diese neue unsoziale Steuer die Existenz vieler deutschen Arbeiter gefährdet und die Lebenshaltung von Millionen deutscher Arbeiterfamilien noch weiter verschlechtern würde. Alles nur der Interessen der Großagrarien wegen. Und das nennt sich eine Arbeiterpartei!

Umtlich erlaubte Bettelei.

Das Elend in den Thüringer Heimarbeitsgebieten.

Umtliche Bettelsteine! Jawohl, das gibt es im kapitalistischen Deutschland. In einigen Gemeinden Thüringens (im Landkreis Rudolstadt) haben die Bürgermeister und Gemeindevorsteher den seit Jahren arbeitslosen Einwohnern umtliche Bettelsteine aufgestellt. Anders konnten sie den Armen nicht mehr helfen. Das war die ganze Hilfe, die die Ortsbehörden den schon jahrelang hungernden Arbeiterfamilien zukommen lassen. Die Einnahmen, sofern überhaupt noch Einnahmen da sind, reichen nicht im entferntesten aus, um die ungeheure Not zu lindern, die auf den Heimarbeitsgebieten Thüringens lastet.

Es gibt im Thüringischen ganze Dörfer, deren Einwohner fast nur von der Bettel in anderen Bezirken leben. Im Sommer gewährt die Beerenlese eine geringe Möglichkeit zum Verdienst, eigentlich nicht einmal zum Verdienst, sondern nur zur Fristung des Lebens bei mehr als ärmlichen Ansprüchen. Die ehemals blühende Heimindustrie liegt vollkommen darnieder. Andere Verdienstmöglichkeiten gibt es nicht. In furchtbarer Trostlosigkeit liegt die Zukunft vor den fleißigen Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen, die schon seit Jahren den Kampf mit der Weißel unserer Zeit, mit der Arbeitslosigkeit, führen. Die Gewerkschaften und ganz be-

sonders der Fabrikarbeiterverband tun ihr möglichstes, um wenigstens das größte Elend etwas zu lindern. Einen grundlichen Wandel aber kann nur eine Konjunkturalwende und eine Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse bringen, die dem einzelnen wieder Arbeit und Lohn sichern.

Die Legende von den überhöhten Löhnen.

Die Unternehmersyndikati machen große Anstrengungen, um den „wissenschaftlichen“ Beweis zu erbringen, die überhöhten Löhne verursachten die Wirtschaftskrise, deren Überwindung ebenfalls der allzu hohe Lohn im Wege stehe. In einer scharfsinnigen Untersuchung im Juniheft der „Arbeit“ unter dem Titel „Die Legende von den überhöhten Löhnen“ erteilt Dr. Alfred Braunkthal der scheinwissenschaftlichen Denkschrift des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten die verdiente Abfuhr. Diese Denkschrift, die statt mit Argumenten mit nachsagenden Kurven operiert, wird von Braunkthal mit Recht als ein Trick bezeichnet, der durch Scheinwissenschaftlichkeit irreführt und Wissenschaftlichkeit mit Bauernschlauheit verwechselt. Diese Denkschrift will z. B. nichts davon wissen, was ein Student im ersten Semester wissen muß, daß, wenn die Löhne in einem bestimmten Zeitraum stärker steigen als die Preise, das noch nicht die Überhöhung der Löhne bedeuten muß, sondern geschehen kann, weil im gleichen Zeitraum die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit gewachsen ist. Braunkthals Ausführungen entkräften jedoch nicht nur die leichte Denkschrift des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, sondern auch die erstere Darstellung von Dr. Achenbach im „Arbeitgeber“. Braunkthal zeigt, daß die unterschiedliche Bewegung von Löhnen und Preisen, insbesondere vom Beginn der Krise an, durchaus keine auffällige, vielmehr eine ausgesprochen typische Erscheinung ist. Die Theorie von der künstlichen Überhöhung der Löhne durch das Schlichtungswesen wird durch die Beobachtung der Lohn- und Preisentwicklung in einer jeden Konjunktur widerlegt. Die Behauptung, die Unternehmer waren nicht in der Lage, die Früchte der Rationalisierung zu ernten, ist nicht richtig, da die Rentabilität der Unternehmungen in den Jahren 1927 und 1928 trotz des Hinauswachsens der Löhne über die Preise eine ausgezeichnete war. Erst als die Krise ausbrach, konnten die Betriebe nicht mehr ausgenutzt werden. Das Mißverhältnis zwischen Kosten und Erlös tritt erst in der Krise zutage, wie auch die Krise notwendigerweise mit teilweiser Rentabilitätsvernichtung und mit Substanzverlusten verbunden ist. Die Verbilligung der Rohstoffe ist nicht gleichgültig, wie Achenbach meint, vielmehr ist die dadurch bewirkte Kostensenkung ein wichtiger Grund dafür, daß die Rentabilität im allgemeinen bei den Konsumgüterindustrien weniger sinkt als bei den Rohstoffindustrien. Daß die Löhne in der Depressionsperiode weniger stark sinken als die Rentabilität der Unternehmungen, wirkt sich in der Depressionsperiode konjunkturell günstig aus. Es muß nämlich klar erkannt werden, daß es in der Depressionsperiode nicht an Kapitalmangel, sondern an Absatzmöglichkeiten. Daher kann der Konjunkturaufschwung nur eintreten, wenn die Löhne widerstandsfähiger bleiben als die Unternehmungsgewinne. Im übrigen kann die Frage nach der Überhöhung der Löhne weder durch allgemeine Formeln oder Kurven beantwortet werden, noch durch Hinweis auf die Rentabilität der Unternehmungen, auf den Kapitalmangel, auf die Höhe der Arbeitslosigkeit usw. Es gibt ein dichtes Netz von Ursachenverflechtungen, aus dem ein einzelner Vorgang, wie die Steigerung der Löhne in der letzten Aufschwungsperiode, nicht herausgelöst werden kann. Ein Beweis dafür, daß die Löhne in Deutschland überhöht waren oder gar noch sind, läßt sich nicht führen, und es muß als ein beispielloser Unfug gebrandmarkt werden, wenn immer wieder der Versuch gemacht wird, diesen Beweis etwa in der Art zu führen, daß man die gegenwärtige Arbeitslosigkeit als Beweis für die überhöhten Löhne anführt, wie das die erwähnte Denkschrift der Maschinenbauer wiederholt tut. Es läßt sich nur so viel sagen, daß es sowohl

in der konjunkturellen Aufschwungs- wie in der Depressionsperiode in der Regel durchschlagende Gründe für Reallohnsteigerungen gibt, die, solange sie in den Grenzen bleiben, durch deren Überschreitung die konjunkturell günstigen Wirkungen von Reallohnsteigerungen in ungünstige verwandelt werden, unbedingt erforderlich sind. Es läßt sich niemals, auch nachträglich nicht, genau angeben, wo diese Grenzen jeweils liegen. Die weitere Verbreitung der Legende von einer Lohnüberhöhung darf uns nicht daran hindern, einen Lohnabbau, der die reale Kaufkraft der vollbeschäftigten Arbeitnehmer schmälert, für gesamtwirtschaftlich verhängnisvoll zu halten.

Woran leidet die Wirtschaft? Kapitalmangel oder Absatzmangel?

Die heftigen Angriffe auf den Lohn, den man nicht einmal auf seinen gegenwärtigen Tiefstand belassen, sondern noch weiter herabsenken möchte, stützen sich vor allem auf das Argument des angeblichen Kapitalmangels, der in Deutschland gegenwärtig herrsche und die weitere Herabsetzung der Löhne erfordere, damit die Unternehmungen dank niedrigerer Produktionskosten aus ihren Gewinnen größere Ersparnisse machen und mehr Kapital für produktive Zwecke ansammeln können.

Mit großer Klarheit und Überzeugungskraft beweist Dr. Alfred Braunkthal im Wirtschaftsdienst (Heft 26), daß von einem Kapitalmangel in der Zeit der Wirtschaftskrise nicht im entferntesten die Rede sein kann. „Nur Mangel an Kapital trägt, solange die Depression andauert, die Schuld daran, daß das Schwungrad der Konjunktur noch nicht in Gang kommen kann, sondern lediglich Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit für das Kapital.“ Das Kapital streift, weil es keinen Auf hat, zu produzieren. Für die westlichen Industrieländer, Frankreich, England, die Vereinigten Staaten könnte niemand mit gutem Gewissen behaupten, daß es in diesen Ländern an der erforderlichen Kapitalbildung fehle und sie wegen Kapitalmangels nicht imstande wären, die Krise zu überwinden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es in diesen Ländern nur an Unternehmungsmut, sei es der Industrieunternehmungen selbst, sei es der Banken, fehlt.

Liegen zwar in Deutschland die Verhältnisse anders als in den westeuropäischen Industrieländern, so ist auch hier ein Kapitalmangel zur Zeit nicht vorhanden, sondern es ist der eigentliche Störungsherd die Kreditkrise, die Funktionsunfähigkeit des Kapitalmarktes, deren Ursachen zum größten Teil außerwirtschaftliche sind und mit der inneren und äußeren Politik zusammenhängen. Die an sich feststehende Tatsache, daß sich bei vielen Unternehmungen bereits erhebliche Substanzverluste ergaben, steht mit der Behauptung, es sei kein Kapitalmangel da, nicht in Widerspruch, da Substanzverluste an Sachkapital wohl gleichzeitig mit einem starken Angebot an Geldkapital auftreten können.

Zur Überwindung der Depression kommt es daher in erster Linie nicht auf das Kapitalangebot, sondern auf die Kapitalnachfrage an. Lohndruck könnte jedoch die Kapitalnachfrage nicht erhöhen. Die entscheidende Frage ist nämlich die: Was würden die Unternehmer tun, vorausgesetzt, daß ihre Rentabilität sich infolge von Lohnsenkungen wirklich allgemein erhöhen würde? Es ist ein Irrtum, zu meinen, daß die Unternehmer in diesem Falle ihren Produktionsapparat erneuern würden. Die Unternehmungen der Produktionsgüterindustrien können das nicht tun, da sie noch lange Zeit brauchen werden, um in ihre Leistungsfähigkeit wieder hineinzuwachsen. Aber auch für die Unternehmungen der Konsumgüterindustrien würde der Anreiz fehlen, ihren Produktionsapparat zu erneuern, da bei Lohnsenkungen die Kaufkraft der wichtigsten Konsumentenschichten und dementsprechend ihr eigener Absatz zurückgehen müßte. „Durch Lohnsenkungen würde zwar vorübergehend die Rentabilität gewisser Unternehmergruppen gesteigert, die anderer aber auf dem rasch fühlbar werdenden Weg über Absatzkrümpfungen gesenkt oder vernichtet werden. Damit würden aber die Wirkungen der Rentabilitätssteigerung in den Produktionsgüterindustrien rasch ver-

die Produktion einschränken, die Betriebe stilllegen, sonst ersticken wir in der Fülle der Konsumgüter.

Das war furchtbar, machte die Arbeiter noch verwirrter. Sie standen alldem gegenüber wie jemand vor einem unfaßbaren Ereignis, das er einfach nicht glauben kann. Es war aber doch so. Von allem war zuviel da. Es gab zuviel Farbstoffe, zuviel Wolle, Baumwolle, viel zuviel Eisen, Kohlen, Korn, Weizen, Kaffee, in allem war Überfluß. Nicht bei den Arbeitern, sondern in den Fabriken, Bergwerken und Kornspeichern, Lagereien usw.

Die Arbeiter aber hungernten, besaßen keine Bett- und Unterwäsche, wohnten in ungesunden Wohnlöchern, nicht weil es zu wenig Wolle, Baumwolle, Ziegel- und Mauersteine gab, sondern weil zuviel davon da war. Im Winter froren sie in ungeheizten Zimmern, vor den Kohlenhäufen türmten Berge von Kohlen zum Himmel. Ihre Kinder verlangten nach Milch — die Bauern schütteten sie in die Schweineetöge. Nicht aus Boswilligkeit taten sie das, sondern weil sie die Milch nicht verkaufen konnten. In vielen Familien der Arbeiter gab es nicht genügend Brot zu essen. Die Landwirte verfütterten das Korn an das Vieh, in Amerika wurde der Weizen verbrannt, der Kaffee ins Meer geworfen. Die Arbeiter aber tranken Gersten- oder Halmbrände, waren nicht imstande, sich selbst an Festtagen ein paar Kaffeebohnen zu kaufen. In allen Ländern war von allem zuviel und bei allen Arbeitern von allem zu wenig. Entschlicher konnten sich die Widersprüche in der kapitalistischen Profitwirtschaft nicht mehr auswirken. Sie stand bereits völlig desorganisiert, hilflos, bis ins Mark erschüttert mitten in ihrem eigenen Bankrott.

Das Furchtbare aber war, daß die kapitalistischen Führer den Fehler nicht erkannten, eine falsche Diagnose stellten, falsche Heilmittel propagierten und anwendeten.

Der Hauptkrankheitsherd war die hemmungslose Rationalisierung, um welche die beiden Krankheitsreger, der Profit und der Hunger, in tollen Fieberkurven gegeneinander jagten. Ein vernünftiger Arzt hätte da zuerst den Krankheitsherd isoliert, abgestopft, dem Teil, der an Währungs litt, nämlich dem Profit. Wäre verordnet, dem anderen, hungerigen Teil volle Kost und ordentliche Kleidung verschrieben. Das hätte dem ganzen kranken Wirtschaftskörper wieder auf die Beine verholfen.

Die Kapitalisten machten es anders. Sie nährten weiter den Krankheitsherd, fütterten weiter den Profit, selbst wenn es dem armen Kerl schon manchmal übel anfiel, dem hungerkranken Teil aber verordneten sie eine längere Kur bei halber Ration. Diese Kur hieß Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Es war eine Eisenbahn und würde niemand der Arbeitslosigkeit entkommen.

Noch niemals in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gab es eine Periode, in der die Kapitalisten selbst Opfer brachten, um eine Krise zu überwinden.

Nach der Inflation sagten sie den Arbeitern: „Nur Arbeit kann uns retten, nur durch Arbeit schaffen wir uns wieder nach oben.“

Bald hatten dann die Arbeiter die kapitalistische Wirtschaft nach oben geschuftet. Aber das war den Kapitalisten noch lange nicht oben genug. Die Zeit war gekommen, in der die überlastete, überspannte Wirtschaft weiter nach oben gehungert werden mußte. Weiter, immer weiter nach oben, bis der überfällige Patient im Überfluß erstickt ist.

Deshalb waren die Arbeiter erschüttert. Sie erkannten mit Schaudern den Abgrund, dem man sie erneut entgegenführte. Und sie konnten nichts tun, um die unheilvolle Fahrt ins Nichts aufzuhalten, hatten keine Gewalt, den Abstieg zu verhindern.

Wenn bei einer schweren Lungenentzündung das Fieber einsetzt, steigt es in steiler Kurve nach oben. Niemand kann es anhalten, mildern. Die höchste Kurve entscheidet über Leben und Tod des Patienten.

So war es auch mit der Fieberkurve der kranken Wirtschaft. Nichts konnten die Arbeiter dagegen tun. Sie wurden in den Fieberkurven herumgeschleudert, ausgebeutet, ausgehungert, ohne daß abzusehen war, wann die Kurve ihren höchsten Grad erreicht haben würde.

Vorerst drehte sich dieses Fieber immer noch um die Rationalisierung. In der Fabrik war die technische, kaufmännische, wissenschaftliche und personelle Rationalisierung beendet, dann hätte alles wieder von vorne begonnen. Darauf schien es, als käme die Rationalisierung der Rationalisierung. Ist auch die zu Ende, fängt der ganze Prozeß erneut von vorne an; die Kapitalisten rationalisieren eben so lange, bis diese ganz kapitalistische Gesellschaftsordnung hinwegrationalisiert sein wird.

Das ist nun schon dem einfaches Arbeiter klar, die kapitalistische Profitwirtschaft geht mit mathematischer Sicherheit an ihren eigenen Widersprüchen und Widersinnigkeiten zugrunde.

Die ganze Tragik besteht nur darin, daß vor und während ihres Untergangs nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter die Leidtragenden sind. In der Fabrik waren alle kränklichen, alten, nicht mehr hundertprozentig ausbeutungsfähigen Arbeitskräfte vor das Lor rationalisiert worden. Dann aber geschah etwas Ungeheuerliches, etwas, das die Arbeiter entsetzt fragen ließ: Wann ist das Elend erst einmal?

Die Direktion hatte dem Arbeiter mitgeteilt, daß sie zu scharfen Produktionseinschränkungen gezwungen wäre. Vorläufig sei der Zeitpunkt nicht abzusehen, wann eine Besserung eintreten würde. Es bestände leider die Befürchtung, daß die Fabrik nie mehr so wie früher beschäftigt werden könne. Deshalb müßte die Belegschaft um fünf- bis sechshundert Mann verringert werden. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel hatte diese Nachricht die Arbeiter überrast. Bisher glaubten die meisten immer, besonders die Unorganisierten und die, welche vor jedem Nachwächter devot die Hüfte schwenkten, sie hätten sichere Arbeitsplätze fürs ganze Leben. Nun wurde ihnen ganz plötzlich gesagt, daß es nicht so ist, daß sie jeden Tag auf der Straße liegen können. Das war hart und bitter, versetzte die Belegschaft in einen Zustand hochgradiger Erregung. Alle ließen ernst und gedrückt durch die Fabrik. Jeder wußte, wenn er entlassen wird, findet er vielleicht im Leben keine lohnende Beschäftigung mehr. Wer fünfzehn und mehr Jahre in einer chemischen Fabrik arbeitete, den nimmt nach seiner Entlassung kein Unternehmer mehr. Diese Erkenntnis drückte die Arbeiter schier zu Boden.

Die Disziplin morgens und abends im Badhaus nahmen kein Ende. „Es wird alle mit uns“, hieß es. „Heutzutage hat keiner einen sicheren Arbeitsplatz mehr! Das Kapital geht über Leichen. Immer schlechter wird es, statt besser. In ein paar Jahren ist kein Mensch mehr von uns da!“ Die Schloffer behaupteten wieder, die ganze Bade würde stillgelegt. Einer wollte wissen, die Gebäude würden abgerissen. Später gäbe es einen Flug- und Autoparkplatz. In den Betrieben begannen sich die Leute selber mit den verdrückten Gerüchten verwirrt zu machen. Jeden Tag kamen andere Parolen auf. Einer wollte vom Betriebsführer etwas erlaucht haben. Ein anderer hatte vom Büro gehört, die Linsen wären schon fertig. Dabei wußte keiner etwas. Dann kam die Erbitterung über sie. Vor dem Krüge, sagten sie, hatten wir nur einen Direktor, den Pajcha; jetzt haben wir ein Dutzend, die alle von uns ernährt werden müssen. Von denen wird keiner entlassen. Janner fängt man bei den Proleten an. Cines Motens brachte einer die sensationelle Nachricht ins Badhaus, der erste Direktor bezöge ein Jahresgehalt von sechshunderttausend Mark. Die übrigen hundertfünfzig bis dreihunderttausend. Es hätte sogar in der Zeitung gestanden, und die Alfa hätte nicht berichtigt. Dann muß es also wahr sein. Hochauf loderte der Jörn über eine solche Ungerechtigkeit. Wilde Flüche und Verwünschungen wurden ausgesprochen. Trotz flammte in den Arbeiterhirnen auf, ein unabdingger Trotz.

(Fortsetzung folgt.)

nicht und ihre Abschnitte noch gesteigert werden. So liegt denn auch die Wurzel des Übels an einer ganz anderen Stelle als bei den Löhnen: Es ist der katastrophale nationale und internationale Vertrauenszusammenbruch, der den normalen Ab- und Auslauf der Depression durch fliegende Störungen im Währungs-, Kredit-, Zahlungsbilanz- und Außenhandelsystem unterbindet. Diesen Störungen kann man nur innerhalb der Sphäre der Innen- und Weltpolitik Herr werden, keinesfalls aber durch Lohnsenkungen, die sozial verbitternd wirken, die politische und Vertrauenssituation weiter verschlechtern müssen und obendrein die wirtschaftlichen Störungen nur verstärken, nicht beheben können."

Die NSDAP. eine Arbeiterpartei?

Zur Reichstagswahl wurden in Deutschland massenhaft Stimmzettel ausgegeben, um den Ferienreisenden das Wahlrecht zu ermöglichen. 300 000 Berliner waren mit solchen Wahlzettel ausgerüstet. Auf Bahnhöfen, Schiffen usw. wurden Wahlbüros eingerichtet. An Hand der Resultate kann man verfolgen, welche Partei die meisten Stimmen bei den Ferienreisenden gehabt hat. Auf einem Teil der Schiffe der Hapag und des Lloyd wurden insgesamt 2297 Stimmen abgegeben, wovon 2269 gültig waren. Hiervon erhielt die SPD. 374, die Nazis 970, die Kommunisten 204, das Zentrum 150, die Deutschnationalen 352, die Volkspartei 106, die Staatspartei 101 und die übrigen Parteien 12 Stimmen. Auf dem bayerischen Grenzbahnhof Mittenwald, einer der Zielfstationen der österreichischen Wählerzüge, erhielten von 3377 Stimmen die Parteien der „nationalen Opposition“ 2140 oder 63 v. H. Auf Helgoland hat die NSDAP. diesmal 1300 Stimmen erhalten, während es bisher noch keine 100 waren. Das alles ist eine Illustration dafür, daß die Nazis neben den Deutschnationalen die meisten Ferienreisenden erfassen konnten. Von den Arbeitern und Angestellten sind nur ganz wenige in der Lage, in Ferien zu fahren. Wenn trotzdem die Ferienreisenden sich für die Nazis entscheiden, so kann man daraus ersehen, mit welcher Art Arbeiterpartei wir es hier zu tun haben.

Ist der Marxismus an der Wirtschaftskrise schuld?

Der bekannte Volkswirtschaftler Artur Feiler begegnet jenen leichtsinnigen Behauptungen, die Lohn- und Sozialpolitik der marxistischen Gewerkschaften seien an der Heraufbeschwörung der Wirtschaftskrise schuld, mit dem Hinweis auf die Vereinigten Staaten, die von der größten Krise erschüttert sind, ohne daß dort irgendwie marxistische Einflüsse vorhanden gewesen wären. Nach jener Darstellung ist in Amerika der „Hunger nach Waren und Gütern riesengroß, und das Angebot von Waren und Gütern ist ebenfalls riesengroß, aber beide finden nicht mehr zueinander. Neben den unverkäuflichen riesenhaften Weizenlagern des fruchtbaren Landes der Welt, Kanada, können die Arbeitslosen zu Hunderttausenden nicht einmal von trockenem Brot ihren Hunger stillen. Viele Farmer in Kanada und in den Vereinigten Staaten haben ihren Weizen nicht abgemäht, weil es sich nicht lohnte, während Tausende von Arbeitslosen in den nahebei gelegenen Städten zweimal am Tage stundenlang um eine dürftige Mahlzeit aus der Suppenküche anstehen mußten."

Feiler fügt zu diesen bitteren Feststellungen hinzu: „Man vergesse bitte nicht: von Amerika ist hier die Rede, nicht etwa von Deutschland — von Amerika, wo natürlich nicht die Republik die ganze Krise und alle Not der Bauern, der Arbeitslosen und der Unternehmer auf dem Gewissen hat, von Amerika, wo es kein „System“ und keinen „Marxismus“ und keine „Sozialisierung“ und keinen „politischen Lohn“, wo es keine Gewerkschaftsmacht und nicht einmal eine Arbeitslosenversicherung gibt, und wo doch die Krise genau so furchtbar ihr Zerstörungswerk an Menschen und Betrieben tut wie bei uns — von Amerika, wo, genau wie bei uns, die Unternehmer-Syndizi und -Politiker sich ihrer Liebe zur „freien Wirtschaft“ immer nur erinnern, wenn es gegen Arbeiterwünsche Front zu machen gilt, aber diese freie Wirtschaft ganz vergessen, wenn es fast dessen um Zölle, um Trüfte und um Subventionen geht, und wo man infolgedessen jetzt in der Krise große öffentliche Gelder ebenfalls für manniqfaltige Stützungsversuche eingesetzt hat, ebenfalls ohne Erfolg und ebenfalls mit schweren finanziellen Einbußen für den Staat."

Chemische Industrie

Aus dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie über das Jahr 1931.

Die Übersicht bemerkenswerter Unfälle stellt einen Fall heraus, daß ein Chemiker, der doch wissen ist, die Arbeiter über die Gefahren aufzuklären, an einem Walzwerk eine Probeaufnahme herstellte und dabei mit der rechten Hand in die Walzen kam. Er benötigte nicht einmal die Dicht über den Walzen angebrachte Momentanrückmeldung. Erst herbeikommende Arbeiter setzten das Walzwerk still. Die rechte Hand wurde verstaumt.

Ein anderer Chemiker in einer Leuchtgasfabrik erkrankte und starb infolge Einatmens von Radon-Emanation. Im Bericht heißt es: „daß er in Unkenntnis der Gefahr längere Zeit hindurch das Öffnen von Behältern mit hochradioaktiven Substanzen nicht unter dem Abzug vorgenommen und dadurch der gasförmigen Emanation Gelegenheit gegeben hatte, sich in der Atemluft des Laboratoriumsraumes zu verbreiten. Wir fragen mit Recht, woher die Arbeiter die Kenntnisse über solche Berufsgefahren nehmen sollen, wenn sie den Chemikern jaget fehlen."

An Nemenarbeiten und Transmissionen kommen immer wieder vermeintbare Unfälle vor. Ein Maschinenwärter wollte die Maschine abstellen, weil er ein Schloß des Nemens bemerkte. In diesem Augenblick lag das Nadelwerk mit einer Laube gestillt war, wobei der Arbeiter verletzt wurde und einen Arm verlor. Wäre der Nemen ordnungsgemäß gelehrt und genügt worden, dann hätte sich das Unglück wahrscheinlich vermeiden lassen. Ein Arbeiter kam mit einer Laube in eine laufende Nemenarbeit, ein anderer mit einem Eisenrohr in eine Transmission. Der erste Arbeiter erlitt dadurch eine Fingerkuppe mit Zehnerverlust, der andere eine Knieverwundung und den Verlust mehrerer Zähne.

In der elektrischen Stabkammer einer Schwefelkammeranlage wurde ein Arbeiter durch den zu früh eingeschalteten Strom verletzt, bevor er die Stabkammer verlassen konnte. Eine Sicherheits-

vorrichtung, die die Einschaltung des Stromes bei offener Tür verhinderte, konnte den Unfall vermeiden. Verbrennungen im ganzen Gesicht und an beiden Händen erlitt ein Feinarbeiter, als er zum Ausschalten des Ofens ein unter 10 000 Volt Spannung stehendes Trennmesser zog. Weitere Angaben sind über diesen Unfall nicht gemacht.

Folgender Unfall interessiert wegen seiner Eigenart, aber auch wegen der wunderbaren Umschreibung im Bericht.

„Beim Anstreichen eines Dachgesimses berührte ein Arbeiter eine unter dem Dach entlanggeführte 220-Volt-Wechselstromleitung. Er erhielt dabei einen so heftigen Schlag, daß er von der Leiter stürzte und an den Folgen der Kopfverletzung starb. Der Unfall ist eine Folge des Zusammenstehens verschiedener unglücklicher Umstände. Das Elektrizitätswerk hatte bei der Anlage der Leitung keine Ausschaltungsmöglichkeit vorgesehen. Der Arbeiter hatte sich nicht besonders geschützt, weil er die verdeckt liegende Leitung nicht beobachtet hatte. Die Holzleiter, auf der er stand, würde ihn wahrscheinlich genügend isoliert haben, wenn sie nicht vorher zufällig im feuchten Gras gelegen hätte. Der Sturz wäre harmlos verlaufen, wenn der Mann nicht unglücklicherweise mit dem Kopf auf den Rand eines Kübels geschlagen wäre. Der Fall zeigt, wie gefährlich selbst Niederspannung sich auswirken kann."

Der Bericht bemängelt, daß sich Fingerquetschungen an Seifenpressen immer wieder dadurch ereignen, daß die Arbeiterinnen die Zweihandsicherungen unwirksam machen. Es wäre nachzuprüfen, ob diese Sicherungen die Arbeit behindern und ob die Ausschaltung der Sicherung beim Gang der Maschine nicht automatisch vermieden werden kann.

Einem Fahrstuhlführer mußte die Renne versagt werden, weil er sich unbefugt an einem Walzwerk zu schaffen gemacht hat, wobei er drei Finger verlor.

Ein Arbeiter öffnete verbotswidrig die Tür eines Aufzugs, um schnell in ein unteres Stockwerk zu gelangen. Der Fahrstuhl befand sich aber in einem höheren Stockwerk, so daß der Arbeiter in den Aufzugschacht stürzte und einen Schädelbruch erlitt.

An Druckgefäßen entstanden zahlreiche Unfälle durch falsche Behandlung, so bei Prüfung von Eisensässern, wobei ein unzulässiger Dampfkessel verwendet wurde und die Vorrichtung zur Minderung des Dampfdruckes unzulänglich war, wodurch ein Arbeiter verletzt wurde. Ein Arbeiter erlitt Verbrennungen beim Entleeren eines Druckgefäßes, weil er vergessen hatte, vorher die Druckluft abzulassen. Ein anderer wurde verbrannt, weil er vor dem Entleeren den Entlüftungshahn nicht geöffnet hatte.

Die Ursachen der Sprengstoffunfälle lassen sich meist nicht feststellen. Die Berufsgenossenschaft berichtet in solchen Fällen häufig, daß die verunglückten Arbeiter wahrscheinlich eine Zigarette geraucht oder sich in anderer Weise gegen die Sicherheitsvorschriften vergangen hätten. Der vorliegende Bericht bringt folgende Darstellung eines verhüteten Unfalls, der lehrreich für viele Fälle ist.

„Beim Ausmischen einer Kältschlange in einem Nitrierapparat war vermutlich eine der Schlangenwindungen verletzt und die Stelle durch den Säureangriff soweit beschädigt worden, daß beim Nitrieren Kältsäure in das Nitriergemisch dringen konnte. Solange die Nahrung im Nitrierapparat lief, trat keine Temperaturerhöhung ein. Sobald aber die Charge im Scheidetrichter zur Ruhe gelangt war, fühlte der Nitrierer zufällig an der Wandung des Scheiders, daß sie plötzlich warm wurde. Die Temperatur war um etwa 30 Grad gestiegen. Infolgedessen wurde die Charge im Sicherheitsbüchse ertränkt. Wäre die Ermärmung nicht bemerkt worden, würde eine gewaltige Explosion die Folge gewesen sein, und man hätte, wie so oft, über die Entstehung vor einem Rätsel gestanden, weil infolge des Todes der am Explosionsherde beschäftigt gewesenen Personen und der völligen Zerstörung des Gebäudes Spuren der Ursache nicht zu finden gewesen wären. Rückblickend ist festzustellen, daß solche Beschädigungen z. B. an den Dampf-, Warmwasser-, Säure- und Sprengölleitungen die Ursachen mancher nicht aufgeklärten Explosion gewesen sein dürfen."

In einem Gebäude, das Arbeits- und Stiebraum für Ericinat enthielt, erfolgte aus unbekannter Ursache eine Explosion, die den sofortigen Tod der beiden dort beschäftigten Arbeiter zur Folge hatte und das ganze Gebäude zerstörte. In einer Zündhütchenfabrikung ein Arbeiter auf einer Schaufel Zündsalz fort. Unterwegs kam ihm das Niesen an, so daß er mit der Schaufel an die Wand stieß, wobei der Zündstoff explodierte. Der Arbeiter verlor dadurch zwei Finger und erlitt schwere Handverletzungen. Beim Schweißen einer Azeton-Dehtillierblase kam es zu einer Explosion, wodurch der Schweißer getötet und der Helfer schwer verletzt wurde. Nach dem Bericht „scheint“ der Gefäß mit seinem Hilfsarbeiter ohne Wissen des Betriebsleiters das Anschweißen eines Rohres eigenmächtig vorgenommen zu haben. Warum es so „scheint“, und warum bestimmte Angaben nicht gemacht werden, trotzdem der Betriebsleiter Auskunft geben kann, wurde verschwiegen.

Beim Sieben von Zinkkalzumpulver fiel einem Arbeiter, der stark schwitzte, ein Schweißtropfen beim Nachschauen in das sonst abgedeckte Sieb. Die Masse entzündete sich, und der Arbeiter trug schwere Brandwunden davon.

In einem Mineralölwerk kam ein Arbeiter durch in Brand geratene Benzindämpfe zu Tode. Da die Ursache der Entzündung der Dämpfe nicht festgestellt werden konnte, wird angenommen, daß sich der Arbeiter „wahrscheinlich“ eine Zigarette angezündet hat. Eine sonderbare Beweisführung.

In dem Bericht über das Explosionsunglück in der Sacharinfabrik in Zwickau, das 10 Todesopfer forderte, vermissen wir die Angaben, daß die technische Herstellung der Ranzcarpatronen abweichend von den Laboratoriumsvorschriften vorgenommen worden sind und daß die Gefährlichkeit des Phosphorsäurepräparates schon vor der Katastrophe bekannt war.

In einem Karbidofen gerieten die Kleider von zwei Arbeitern beim Einlegen einer Elektrode in Brand. Beim Aufsehen der Elektrode auf das glühende Material im Ofen wurde dieses in Etüchen herausgeschleudert und entzündete die Kleider. Einem Arbeiter konnten die brennenden Kleider vom Leibe gerissen werden, bevor er schwerere Verletzungen davontrug. Der andere erlag seinen Verletzungen.

Die Mäntelreste könnte erweicht werden. Wir verzichten darauf mit dem Hinweis, daß viele Unfälle hätten vermieden werden können, wenn das Arbeitsgerät in Ordnung gewesen und die Unfallverhütungsvorschriften vom Unternehmer sowohl wie von den Arbeitern mehr beachtet worden wären. G. Haupt.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Weiter herunter mit den Leistungen in der Sozialversicherung!

Das Kabinett der Hitler-Barone hat die Sätze in der Sozialversicherung empfindlich herabgesetzt. Die ärmste Schicht der Bevölkerung wurde dadurch betroffen. Ein solch brutaler Raub von Unterstützungsansprüchen scheint aber gewissen Leuten noch nicht zu genügen. In dem „Berliner Börsen-Courier“ beschäftigt sich Reichsminister a. D. Dr.-Ing. Gothein mit der Lage der Sozialversicherung. Er findet die Herabsetzung der Renten ungenügend. „Will man den Zusammenbruch der Sozialversicherung vermeiden, so muß man die Entschlagskraft anfordern, die Leistungsätze auf die der Vorkriegszeit zurückzuführen.“ Nach Gothein betrug 1913 die durchschnittliche Invalidenrente monatlich 12 bis 14 Mark, dagegen vor der Kärzung 36 Mark und jetzt 30 Mark. Eine Herabsetzung auf die Vorkriegsleistungen würde die heutige

Invalidenrente mehr als halbieren. Dieser Herr, der sich selbst sicher in glänzenden Verhältnissen befindet, hat es aber unterlassen, darzulegen, wie eine Familie mit 12 bis 14 Mark je Monat leben soll. Immerhin — im „Dritten Reich“ glaubt man dies alles erreichen zu können. Die Invalidenrentner wissen nun aber, was die Gegner des Wohlfahrtsstaates wollen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Amerika für die Dreißigstundenwoche.

Nachdem von einer Bundeskommission der Vereinigten Staaten die Einführung der Fünf-Tage-Woche als ein Mittel zur Anpassung der Arbeit der Bundesangestellten an die wirtschaftliche Entwicklung gutgeheißen worden ist, und die Fünf-Tage-Woche im Staatsdienst bereits Fuß gefaßt hat, ist der Amerikanische Gewerkschaftsbund (A. F. of L.) nunmehr befreit auch die Privatindustrie zu entscheidenden Schritten auf diesem Wege zu veranlassen. Als nächstes Ziel ist dabei die Forderung auf sofortige Einführung der 30stündigen Arbeitswoche aufgestellt worden, „in der tiefen Überzeugung, daß es keinen anderen wirksamen Weg aus der Krise gibt."

Eine in Atlantic City abgehaltene Sitzung der Exekutive der A. F. of L., die der „International Labor News Service“ als eine der bedeutungsvollsten Tagungen der amerikanischen Gewerkschaften bezeichnet, hat den Präsidenten Hoover aufgefordert, ein großes nationales „Konkave“ der ganzen Wirtschaft einzuberufen, um ein Einvernehmen über die Einführung der 30stündigen Arbeitswoche zu erzielen.

Wirtschaftliches.

Die Wirtschaftsschrumpfung in Zahlen.

Ein zahlenmäßiger Vergleich wichtiger Wirtschaftsdaten (zusammengefaßt in der „Fr. Zeitung“, Nummer 565—567), die sich auf den Stand Juni 1931 und Juni 1932 beziehen, zeigt die seitdem erfolgte Wirtschaftsschrumpfung in ihrer ganzen gewaltigen Größe. Die Ergebnisse des Vergleichs sind um so erdrückender, als das deutsche Wirtschaftsleben bereits im Juni 1931 einen bisher kaum dagewesenen Tiefstand erreichte. Betrug die Steinkohlenförderung im Juni 1931 9,5 Millionen Tonnen, so sank sie im Juni 1932 auf 8,3 Millionen Tonnen. Dabei blieb die Höhe der unverkauften Haldbestände unverändert. Die Roheisenerzeugung sank von 575 000 auf 381 000, die Rohstahlerzeugung von 779 000 auf 506 000 Tonnen. Auch in diesem Umfang konnte die Eisenerzeugung nur dank der (vorübergehenden) Russenaufträge aufrechterhalten werden. Die Bauvolumen in 96 Städten sanken von 12 739 auf 3942. Die Einfuhr schrumpfte von 607 auf 364 Millionen, die Ausfuhr von 747 auf 454 Millionen, der Ausfuhrüberschuß von 140 auf 90 Millionen Mark zusammen. Die Einnahmen der Reichsbahn sanken von 343 auf 243 Millionen. Für den gewaltigen Rückgang der Umsätze, vor allem im Kapitalverkehr, zeugt der Umsatzzückgang im Abrechnungsverkehr von 10,3 auf 5 Milliarden Mark. Die von den Kreditbanken erteilten Kredite betrugen Juni 1932 9,2 Milliarden Mark gegen 11,6 Milliarden im Vorjahr, trotzdem umfangreiche Kredite eingestoren sind. Die Sparkasseneinlagen gingen von 11 Milliarden auf 9,9 Milliarden Mark zurück. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich von weniger als 4 auf beinahe 5,5 Millionen, ungerechnet die Hunderttausende, die von keiner Kontrolle erfaßt werden.

Rundschau.

Der Zuchtstaat Hitlers.

Wie die „Fränkische Tagespost“ in ihrer Nr. 167 mitteilt, hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stegmann in einer Wahlkundgebung der NSDAP. in Rothenburg o. d. Tauber folgendes Bild vom Dritten Reich entworfen: „Im kommenden Staate werde der Mann vom sechzehnten Lebensjahre an zu dienen haben. Mit 16 Jahren trete er ein in die Hitlerjugend, und mit 18 Jahren werde er der SA. zugeführt. Die Aufgabe der SA. werde sein, einen Mann auszubilden, der beim Eintreten in das Heer geistig und körperlich geschult und staats- und nationalpolitisch bereits vollendet ist. Wenn das Heer dann diesen Mann in der modernen Waffenführung ausgebildet hat und er verläßt das Heer wieder, tritt er in die SA. zurück, der er dann bis zum 50. Lebensjahr angehören wird. So ist es unmöglich, einer internationalen Idee nachzugehen."

Wilhelm der Zweite ist vollkommen erseht. Wir werden auch ohne ihn „herrlichen Zeiten“ entgegengeführt. Wenn's nicht noch anders kommt, wie es ja auch mit dem von Gott begnadeten Verkünder anders gekommen ist, der nun in Doorn liegt.

Verbandsnachrichten.

Keine Lokalgebühren mehr.

In der Zahlstelle Greifenberg i. Pom. sowie in den früheren Zahlstellen Lüneburg und Wipfen a. d. Luhe werden keine Lokalgebühren mehr gezahlt.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Meißen: Fritz Koch, Buch-Nr. S II 401 425; Cottbus: Senftenberg: Richard Stübner, Buch-Nr. S II 684 801; München: Job. Schwammberger, Buch-Nr. S II 548 886; Stavenhagen: Karl Bordenf, Buch-Nr. 548 729; auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stuttgart: Franz Erdt, Buch-Nr. 342 341.

Literarisches.

Der „Volksfunk“, die Zeitschrift für den proletarischen Rundfunkhörer, kostet einschließlich Geräteversicherung monatlich nur 96 Pf. frei Haus. Jede Folgebuchhandlung hat das Heft 33 vorrätig, sonst kann direkt an den „Volksfunk“-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, der auch gern und kostenlos eine Probennummer dieser beliebten Funk-Illustrierten schickt.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Arbeiters. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die August-Nummer enthält wiederum eine Fülle wertvoller Vorschläge und interessanter Darstellungen.